

Offene Worte

Online Nr. 169

Zeitung der LINKEN für den Barnim 4. Mai 2022, 32. Jahrg.

Wählt Europa künftig einheitlich am 9. Mai?

Der Brandenburger Europaabgeordnete Helmut Scholz (DIE LINKE) kritisiert Sperrklausel von 3,5 Prozent

Am 3. Mai stimmten 323 Abgeordnete des Europaparlamentes für eine Wahlreform der EU, 262 votierten dagegen. Die EU-Staaten müssen den Vorschlag einstimmig billigen. Ob dies vor der nächsten Europawahl 2024 erfolgt, ist offen.

Der Europaabgeordnete Helmut Scholz erläutert auf der Homepage der LINKEN im Europaparlament, dass damit ein System vorgeschlagen wird, in dem jede:r Wähler:in zwei Stimmen haben soll: eine für die Wahl der Abgeordneten in den nationalen Wahlkreisen und eine für einen EU-weiten Wahlkreis mit 28 zusätzlichen Sitzen. Die Kandidatenlisten für diese Sitze müssten ein ausgewogenes Verhältnis der geografischen Herkunft berücksichtigen. Zudem sollte eine neue Europäische Wahlbehörde eingerichtet werden.“

Derzeit werden die Abgeordneten des Europäischen Parlamentes in allen EU-Ländern mit den jeweils in den Nationalstaaten gültigen Systemen und Wahlrechten gewählt.

Die Abgeordneten streben deshalb an, so erläutert Scholz weiter, die 27 getrennten Wahlen, die derzeit in den EU-Ländern stattfinden, in eine echte, einheitliche Europawahl mit gemeinsamen Mindeststandards umzuwandeln, also eine direkte universelle Wahl für die Abgeordneten des Europaparlaments.

DIE LINKE im Europaparlament sprach sich auch für das Herabsetzen des Wahlalters auf 16 Jahre aus, was aber keine Mehrheit fand. DIE LINKE begrüßt aber die Einführung EU-weiter Listen, die Festlegung des 9. Mai als einheitlichen Wahltag und die Begünstigung von Frauen. Erstmals sollen 28 Sitze

des EP mittels transnationaler bzw. unionsweiter Listen besetzt werden. Diese kommen zu den aktuellen 705 Sitzen hinzu. Des Weiteren sollen die Listen für die Europawahl entweder nach dem Prinzip „abwechselnd ein Mann, eine Frau“ oder mittels einer selbstgesetzten Frauenquote aufgestellt werden.

Problematisch sieht Helmut Scholz allerdings die neue 3,5-Prozent-Hürde für kleine Parteien in Deutschland. „Wir wollen keine Hürden, denn der Wähler:innenwille sollte unverfälscht im demokratischen Wettstreit antretender Parteien widerspiegelt werden. Das ist noch ein langer Weg auf EU- und nationaler Ebene.“ Es soll zwar Ausnahmeregelungen für Parteien geben, die in mehreren EU-Ländern antreten, aber auch damit sind die Hürden hoch. **bc**

Das sollen die neuen Regeln werden:

- ▷ 9. Mai, der Europatag, als gemeinsamer europäischer Wahltag; passives Wahlrecht für alle Europäer:innen, die mindestens 18 Jahre alt sind;
- ▷ verbindliche Sperrklausel von 3,5 Prozent für große Wahlkreise mit 60 oder mehr Sitzen;
- ▷ gleicher Zugang zu den Wahlen für alle Bürger:innen, einschließlich derjenigen mit Behinderungen, und die Möglichkeit der Briefwahl;
- ▷ verpflichtende Gleichstellung der Geschlechter durch Listen nach dem Reißverschlussystem oder Geschlechterquoten;
- ▷ das Recht der Bürger:innen, den Kommissionspräsidenten im Rahmen eines Spitzenkandidaten-Systems über die EU-weiten Listen zu wählen.

„GeMAInsam in Bernau für Frieden und gute Arbeit“

DIE LINKE zum 1. Mai: Interessen der Beschäftigten brauchen mehr Gehör/Schuldnerberatung gefordert



Nach zwei Jahren, in denen wir in Bernau auf eine 1. Mai-Veranstaltung corona-bedingt verzichten mussten, trafen sich dieses Jahr wieder Gewerkschaften, Verbände und Parteien zum Tag der Arbeit. Bei schönem Wetter kamen weit über 100 Menschen in der Bürgermeisterstraße zusammen. Thomas Sohn, Kreisvorsitzender der Berna-

rin LINKEN Barnim und Mitglied des Stadtvorstandes Bernau eröffnete die Veranstaltung mit einem Appell: „Gerechtigkeit und sozialer Zusammenhalt kommen nicht von selbst. Deshalb müssen wir diesen Tag nutzen, um zum Einen auf die Probleme der Menschen hinzuweisen. Zum Anderen darauf hinzuwirken, dass wir soziale Bewegungen und

Gewerkschaften stärken, damit die Interessen der Beschäftigten und einfachen Menschen stärker Gehör finden. Unsere Gesellschaft braucht mehr soziale Gerechtigkeit und weniger Aufrüstung.“

Weitere Redner:innen wiesen auf die weiterhin kursierende Arbeitslosigkeit und Inflation hin, die insbesondere für Menschen mit

geringen Einkommen zunehmend ein Problem darstellen. Jetzt schon sind viel zu viele Menschen überschuldet. Deshalb wurde auch gefordert wieder eine Schuldnerberatung in Bernau zu schaffen. Mit einem feurigen Appell gerade jetzt Mitglied einer Gewerkschaft zu werden, endete die Veranstaltung.

Stadtvorstand Bernau

Herausgeber: Virtuelle AG Offene Worte der LINKEN Barnim & Kreistagsfraktion der LINKEN, ViSdP: Sebastian Walter.

Kontakt: DIE LINKE Barnim, Heegermühler Straße 15, 16225 Eberswalde, Telefon zurzeit: 03334-385488; E-Mail: offeneworte@dielinke-barnim.de

Spendenkonto Offene Worte (Druckkosten): DIE LINKE Barnim, IBAN: DE33 1705 2000 3120 051429, BIC: WELADED1GZE;

Verwendungszweck: Spende OW.

nächste OW am
8. Mai 2022